

CVP will bei den Familien punkten

WAHLEN sda. Die CVP stimmt sich auf die eidgenössischen Wahlen im nächsten Jahr ein. Die rund 200 anwesenden Delegierten verabschiedeten am Samstag an ihrer Versammlung in Bern das Wahlprogramm 2015. Im Zentrum der Kampagne stehen die Familien und der Mittelstand. «Wir bleiben für Familien in der Schweiz die Nummer eins», sagte CVP-Präsident Christophe Darbellay in seiner Eröffnungsrede.

Kinder zahlen keine Prämien

Unter anderem will die CVP mit zwei Volksinitiativen die sogenannte Heiratsstrafe abschaffen sowie Kinder- und Ausbildungszulagen von den Steuern befreien. Mit der Abschaffung der Krankenkassenprämien für Kinder will die Partei die Mittelstandsfamilien entlasten. Ins Zentrum ihrer Kampagne stellt die CVP aber auch die KMU und die Arbeitsplätze in der Schweiz. In der Schweiz gebe es nicht genug Ingenieure und Pflegepersonal, sagte Darbellay dazu. Auch in anderen Branchen fehlten Fachkräfte.

Mehr auf Schweizer setzen

Die Schweiz solle sich jedoch nicht bei der EU bedienen wie in einem Selbstbedienungsladen, sagte der CVP-Präsident. Vielmehr müsse man das Potenzial hierzulande nutzen und wenn möglich zuerst Schweizer respektive Menschen einstellen, die schon lange in der Schweiz leben.

Um dem Mangel an Fachkräften entgegenzuwirken, brauche es auch das Engagement der Wirtschaft, fügte Darbellay an. Er betonte zudem, dass seine Partei nach wie vor am bilateralen Weg mit der EU festhalte.

Knapp ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen sieht der CVP-Präsident grosses Potenzial für seine Partei. So sei etwa CVP-Bundesrätin Doris Leuthard das beliebteste Bundesratsmitglied. Darbellay hatte schon zuvor angekündigt, zwei Prozentpunkte mehr Wähleranteil anzustreben.

Leichte Zuversicht im Steuerstreit

BASEL-MÜLHAUSEN sda. Im Steuerstreit um den Schweizer Sektor am binationalen Flughafen Basel-Mülhausen kommt Optimismus auf: Die französischen Behörden wollen offenbar auf die angekündigten einseitigen Massnahmen verzichten und eine Lösung mit Schweizer Behörden und Firmen aushandeln. Man sei «noch nicht am Ende» des Weges, sagte Claus Wepler, Generalsekretär des baselstädtischen Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, zu einem Bericht der «Basler Zeitung». Der Optimismus sei «gedämpft», aber «man redet wieder miteinander, statt Briefe zu schreiben».

Ausgelöst hatte den Streit im Juli ein Schreiben des französischen Finanzministeriums. Dieses wollte künftig auch im Schweizer Sektor des binationalen Flughafens, der ganz auf französischem Boden steht, französisches Steuerrecht anwenden.

«Ich habe schreckliche Déjà-vus»

FÜRSORGE Ehemalige Verdingkinder richten schwere Vorwürfe an die Kinderschutzbehörden. Diese herrschten willkürlich über Familien.

SERMİN FAKI
sermin.faki@zentralschweizamsonntag.ch

Walter Zwahlen und Ruedy Gerber vom Netzwerk Verdingt engagieren sich seit Jahren für Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen. Sie sammeln Unterschriften für die Wiedergutmachungsinitiative und unterstützen Ausstellungen und Forschungsarbeiten zum Thema. In den letzten Monaten ist eine neue Aufgabe hinzugekommen: Immer öfter melden sich Menschen bei ihnen, die massive Probleme mit den Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden (Kesb) haben. Die Kesb sind jene Stellen, die 2013 die kommunalen Vormundschaftsbehörden abgelöst haben. Verschiedene Medien haben in der letzten Zeit von Fällen berichtet, in denen Familien entzweierte wurden. Auch Zwahlen und Gerber kennen Fälle, in denen die Kinder unangekündigt am frühen Morgen von der Polizei abgeholt und in Heime gebracht wurden. Sie berichten vom jahrelangen Kampf der Mütter, die Kinder wiederzubekommen oder nur schon besuchen zu dürfen. «Was ich da erlebe, macht mich fassungslos», sagt Zwahlen. «Aus den schrecklichen Schicksalen der Verdingkinder wurde ganz offenbar nichts gelernt.» Gerber, in seiner Jugend selbst fremdplatziert, sagt: «Ich habe schreckliche Déjà-vus, wenn ich die Betroffenen begleite.»

Vom neuen Kinder- und Erwachsenenschutzrecht und dem Ersatz der Laien-Vormundschaftsbehörden durch die aus Sozialarbeitern, Juristen und Psychologen zusammengesetzten Kesb versprach sich der Gesetzgeber eigentlich eine Professionalisierung. Für Zwahlen hat sich dieses Versprechen nicht erfüllt: «Noch immer sind die Betroffenen der Behördenwillkür ausgeliefert. In einigen Fällen ist es ganz klar zu Machtmissbrauch gekommen.»

Gibt es falsche Anreize?

Von flächendeckender Willkür will Thomas Huonker nicht sprechen. Der Sozialhistoriker befasst sich seit Jahrzehnten mit dem staatlichen Umgang mit Minderheiten. Auch er wurde bereits von verzweifelten Eltern kontaktiert und macht negative Entwicklungen aus. «Obwohl es nicht mehr als angemessen gilt, werden auch heute Geschwister getrennt und in verschiedenen Heimen untergebracht», nennt er ein Beispiel. «Etwas, weil man die Heime möglichst optimal auslasten will, weil es kostengünstiger ist.» Man wisse, dass die Kostgelder sowohl für Pflegefamilien als auch für Heime eine wichtige Einnahmequelle seien. «Hier gilt es aufzupassen, dass keine falschen Anreize geschaffen werden», sagt Huonker. Zwahlen formuliert es drastischer: «Das Kindwohl ist eine Lüge. Kinder werden in diesem System zur Ware wie früher. Nur dass es heute nicht ihre Arbeitskraft ist, die interessiert, sondern es sind die Staatsbeiträge.»

Bei der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (Kokes), die eine



Archivaufnahme aus dem Jahre 1954: In der Schweiz wurden jahrzehntlang viele Waisen, Scheidungskinder, uneheliche Kinder oder Kinder von Fahrenden in Heimen und als Verdingkinder fremdplatziert.

Keystone/Walter Studer

koordinierende Rolle zwischen den Kesb wahrnimmt, bedauert man die Vorwürfe der Verdingkinder. «Schliesslich setzt sich die Kokes genau dafür ein, dass solches Leid sich nicht wiederholt. Aus diesem Grund nehmen wir auch am runden Tisch des Bundes teil», sagt Generalsekretärin Diana Wider. Der Aussage, dass heute ähnliche Zustände wie damals herrschten, widerspricht sie entschieden. «Heute hat jeder das Recht, Beschwerde gegen Entscheide der Kesb einzureichen, woraufhin ein Gericht den Fall überprüft.» Damals sei meist ohne Abklärung und rechtmässiges Verfahren über die Köpfe der Beteiligten hinweg entschieden worden. «Das ist heute undenkbar, die Kesb haben strenge Verfahrensvorschriften einzuhalten, und der Rechtsschutz der Betroffenen ist ein wichtiges Anliegen.»

Dass es Probleme gibt, etwa mit langen Verfahren, streitet Wider nicht ab. «Das Kinder- und Erwachsenenschutzrecht ist neu, es dauert seine Zeit, bis sich eine Praxis entwickelt hat», sagt sie.

Zudem seien viele Kesb hoffnungslos überlastet. «Wenn man in einer Phase, in der bei den Kantonen vor allem Sparen angesagt ist, eine neue Behörde aufbauen muss, ist das nicht einfach», erklärt sie. Hinzu komme, dass im letzten Jahr die Zahl der Gefährdungsmeldungen stark angestiegen sei. «Die Kesb laufen vielerorts am Anschlag.» Anstatt auf die Behörden und ihre Mitarbeiter medial einzuschlagen, wäre es zielführender, sich im Interesse der heute Betroffenen für genügend Ressourcen einzusetzen.

Kinderschutz noch ausbaufähig

Um Verständnis für die Kesb wirbt auch die Kinderanwaltschaft, ein Verein, der sich für die Umsetzung einer kinderrechten Justiz einsetzt. «Die Schweiz ist in Sachen Kinderschutz noch lange nicht auf dem Niveau, auf dem sie sein sollte», so Geschäftsführerin Irene Inderbitzin. «Doch wenn wir die Entwicklung der letzten Jahre anschauen, hat sich viel verbessert.» Die Professionalisierung der

Kinderschutzbehörden brauche allerdings Zeit, bei einigen Kesb mehr als bei anderen. Aber: «Uns ist in den Kesb noch niemand begegnet, der willentlich willkürlich gehandelt oder seine Macht missbraucht hat.» Würden die Verfahren durchgeführt, wie es vom Gesetzgeber vorgesehen ist, sei Willkür unmöglich. «Die Überlastung der Behörde kann aber dazu führen, dass das Recht auf Anhörung nicht wie vorgesehen gewährt wird und dass Entscheide ungenügend und gegenüber Kindern nicht kindgerecht begründet werden.» Dennoch sei die Kinderanwaltschaft überzeugt, dass es nur mit den Kesb gelingen wird, nachhaltig ein kindgerechtes Rechtssystem zu erreichen.

Das genügt Zwahlen nicht: «Wenn nicht bald Gegensteuer gegeben wird, werden wir uns in 50 Jahren wieder mit Opfern staatlicher Fürsorge befassen müssen.»

ANZEIGE



«Fällt die Pauschalbesteuerung, müssen Mittelstand und KMU die Steuerausfälle ausgleichen. Das belastet die Wirtschaft.»

Reinhold Sommer
FDP. Die Liberalen Luzern

NEIN!
ZUR PAUSCHALBESTEUERUNG-INITIATIVE

30. November 2014
www.hoehere-steuern-nein.ch

Neuer Anlauf für Pflegefinanzierung

GESUNDHEIT Die Pflegekosten sind für viele eine Belastung. Joachim Eder schlägt eine neue Lösung vor. Doch die hat es in sich.

Das Problem ist bekannt: Viele Betagte, die in Pflegeheimen leben, können die Kosten dafür nicht schultern. Dann müssen die Gemeinden und Kantone einspringen, was diese vor Probleme stellt. In den letzten Monaten präsentierten verschiedene Absender neue Ideen für die künftige Finanzierung der Pflege. Etwa der liberale Think Tank Avenir Suisse, der eine neue Versiche-

rung vorschlug, die alle über 55-Jährigen abschliessen sollten. Der Zuger FDP-Ständerat Joachim Eder sieht eher die private Vorsorge als Anker, an der man eine freiwillige Pflegeversicherung andocken könnte. Dazu soll der Kreis der Berechtigten stark ausgeweitet werden. Eder will, dass sowohl nicht erwerbstätige Frauen als auch Rentner einzahlen können. Um einen Anreiz zum Pflegesparen zu bieten, sollen die Einzahlungen wie bei der Säule 3a steuerlich absetzbar sein.

Der Bundesrat hat Eders Vorstoss, über den in der kommenden Woche der Ständerat debattieren wird, zur Annahme empfohlen - er ist bereit, einen Bericht zu erarbeiten, wie eine Ausweitung der Säule 3a gestaltet werden könnte. Dass Eders Idee Wirklichkeit wird,

ist dennoch unwahrscheinlich. Die Vorbehalte gegen eine Andockung der Pflegeversicherung an die Säule 3a reichen bis ins bürgerliche Lager. «Das würde kein einziges Problem lösen», sagt etwa die Aargauer FDP-Ständerätin Christine Egerszegi. Denn jene, die Probleme hätten, die Pflegekosten zu bezahlen, könnten sich grosse Einzahlungen in die private Vorsorge nicht leisten.

«Das ist ein Steuersparmodell»

Tatsächlich hat eine Umfrage des Magazins «K-Tipp» ergeben, dass nur die Hälfte der 3a-Sparer die dritte Säule voll ausnützt, also knapp 7000 Franken pro Jahr einzahlt. Da die durchschnittliche Einzahlung bei 4000 Franken liegt, heisst das, dass viele Sparer deutlich weniger einzahlen. Für die Aargauer SP-Stände-

rätin Pascale Bruderer ist daher klar: «Eine Pflegeversicherung, die bei der privaten Vorsorge ansetzt, ist ein Steuersparmodell. Davon profitieren nur jene, die es sich leisten können, nebst ihren sonstigen Ausgaben noch zusätzliche Beträge zur Seite zu legen.»

Doch auch eine obligatorische Versicherung kommt bei den Gesundheitspolitikern nicht gut an. Das würde die Solidarität zwischen den Generationen überstrapazieren, sind sich Eder und Bruderer einig. Einfache Lösungen wird es also nicht geben. Die ständerätliche Gesundheitskommission hat daher eine Subkommission eingesetzt, die das Thema breit diskutieren soll. Diese wird ihre Arbeit im Januar aufnehmen.

SERMİN FAKI
sermin.faki@zentralschweizamsonntag.ch